

Bündnis Nazifrei! - Dresden stellt sich quer

E-Mail: presse@dresden-nazifrei.com

URL: www.dresden-nazifrei.com

Telefon: 0177 5199 826



Pressemitteilung

Dresden, 29.06.2011: Aktuelle Landtagsdebatte führt durch die Mauertaktik der Regierungsfractionen ins Leere. Die Staatsregierung verweigert eine Antwort auf die Frage nach einer Echtzeitüberwachung durch IMSI-Catcher am 18. und 19. Februar 2011

In der heutigen Plenarsitzung des Sächsischen Landtages debattierten die Abgeordneten der Fraktionen einmal mehr über die Ausmaße und politischen Folgen des Datagate Skandals. Dabei wurde eines klar: Die sächsische Landesregierung bleibt bei ihrer Verweigerungshaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes und verweigert Antworten auf zentrale Fragen zur Einschränkung von Grundrechten und Demonstrationsfreiheit im Zuge des Missbrauchs von über 1.000.000 Handydaten.

Und nicht nur das, offensichtlich täuscht Innenminister Ulbig die Öffentlichkeit bezüglich der Verwendung sogenannter IMSI-Catcher zur Echtzeitüberwachung von Handynutzern am 18. und 19. Februar. In diesem Zusammenhang erklärte der Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi (Bündnis90/Die Grünen), dass er Beweise über die Verwendung solcher Techniken besitzt. „Der Innenminister ist noch immer nicht bereit, Klartext zu reden und täuscht die Öffentlichkeit. Wir fordern, dass er endlich die Konsequenzen aus seinem Versagen zieht und zurück tritt. Eine Affäre dieses Ausmaßes muss endlich auch ernsthafte politische Konsequenzen haben“, so Franziska Radke, Bündnissprecherin von „Nazifrei! Dresden stellt sich quer.“

Die Diskussion im Sächsischen Landtag hat gezeigt, dass aktuell auf parlamentarischem Wege keine ausreichende Aufklärung erzielt werden kann. Stattdessen stellen sich Regierung und Regierungsfraction quer, schieben Verantwortlichen der Polizei vor und kriminalisieren die legitimen Protestformen zehntausender Blockiererinnen und Blockierer. „Wir fordern deshalb eine unabhängige Untersuchungskommission zur lückenlosen Aufklärung der genauen Ausmaße und Rechtsverstöße in dieser Affäre“, so Radtke weiter.

Um die Aufklärung voranzutreiben bittet das Bündnis Dresden-Nazifrei weiterhin alle Dresdnerinnen und Dresdner auf, ihre Daten bei der Staatsanwaltschaft abzufragen. Entsprechende Formulare gibt es auf der Bündnis-Website www.dresden-nazifrei.com. Außerdem werden Informationsblätter an betroffene Haushalte verteilt, um die Bürgerinnen und Bürger Dresdens über die Eingriffe in ihre Grundrechte aufzuklären.

Pressekontakt:

Mobil: 0177 5199 826; 01525 1510 141

presse@dresden-nazifrei.com